

HAMBURGER OSTERMARSCH

Gegen
Militarisierung
und Krieg!

Für eine
Friedensstadt Hamburg

Ostermontag, 28. März 2005

12 Uhr Auftakt: Friedenskirche (Otzenstraße) Altona

11.30 Uhr Friedensandacht in der Friedenskirche

14 Uhr Abschluss: Mahnmal Nikolaikirche (Ost-West-Str.)

Für eine Friedensstadt Hamburg – Gegen Militarisierung und Krieg!

In diesem Jahr jährt sich zum sechzigsten Mal der Tag der Befreiung der Welt vom Hitler-Faschismus. Nach sechs Jahren Krieg mit Millionen von Toten und unsäglichem Leid einte die Überlebenden weltweit die Überzeugung Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg. Konsequenzen waren die Gründung der UNO und die völkerrechtliche Ächtung von Angriffskriegen. Doch die Hoffnung auf eine friedliche Welt haben sich nicht erfüllt. Deshalb bleiben Mahnung und Widerstand gefordert. In diesem Sinne rufen wir auf zum Hamburger Ostermarsch 2005.

Für Frieden im Irak

Gerade zwei Jahre ist es her, dass die USA und Großbritannien ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak begonnen haben, um sich den Zugriff auf die Ressourcen des Landes und die Vorherrschaft im ölreichen Nahen Osten zu sichern. Er hat bisher schätzungsweise hunderttausend Zivilisten das Leben gekostet und wird mit brutalen Mitteln fortgesetzt. Die US-Regierung erklärt, sie befinde sich in einem Krieg gegen den Terror – aber dieser Krieg ist Terror, und Terror provoziert neuen Terror. Deshalb fordern wir:

- Frieden für den Irak – Abzug aller ausländischen Truppen.

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Vor sechzig Jahren, im August 1945, warf die US-Luftwaffe die ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Hunderttausende starben, viele erst nach jahrelangem Leiden an den Strahlenschäden. Es folgte das atomare Wettrüsten. Obwohl der Internationale Gerichtshof die Lagerung von und die Drohung mit Atomwaffen für völkerrechtswidrig erklärt hat, halten die Atomwaffenstaaten immer noch 30 000 Atomsprengköpfe bereit. Bundeswehrpiloten üben immer noch für den Einsatz der bei uns lagernden US-Atombomben im Rahmen der nuklearen Teilhabe. Im Mai tritt die Überprüfungs-konferenz des Nichtverbrei-

tungsvertrages zusammen. In diesem Zusammenhang fordern wir von der Bundesregierung,

- die nukleare Teilhabe aufzugeben,
- den Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik durchzusetzen,
- Druck auf die Atomwaffenstaaten auszuüben, endlich mit der atomaren Abrüstung ernst zu machen – bis zu deren vollständiger Abschaffung.

Gegen die Militarisierung der Europäischen Union

Im Oktober 2004 wurde der Verfassungsentwurf der EU von den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten unterzeichnet. Wir lehnen diesen Entwurf ab, weil er EU-Streitkräfte für weltweite Kampfeinsätze vorsieht und die Mitgliedsstaaten verpflichtet, verstärkt aufzurüsten. Deswegen sagen wir *JA zu Europa – aber NEIN zu dieser Verfassung* und fordern, dass die Bevölkerung über die Zukunft Europas entscheidet.



Abrüstung statt Umrüstung der Bundeswehr

Nach Verteidigungsminister Struck ist das „mögliche Einsatzgebiet der Bundeswehr die ganze Welt“. Weltweit sind über 6 500 Bundeswehrangehörige im Einsatz. Die Bundeswehr beteiligt sich nicht nur an Peacekeeping, sondern auch an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, wie 1999 gegen Jugoslawien. Obwohl das Grundgesetz Streitkräfte nur zur Verteidigung vorsieht, wird die Bundeswehr zur Angriffsarmee umgerüstet. Deshalb fordern wir:

- Keine Umrüstung der Bundeswehr für weltweite Einsätze – Auflösung ihrer *Einsatzkräfte*.
- Abrüstung der Bundeswehr – bis zu ihrer Abschaffung.

Abrüstung statt Sozialabbau – bei uns und weltweit

Als Folge von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau nimmt die Armut in der Bundesrepublik zu – in einem der reichsten Länder der Welt. Weltweit leben über eine Milliarde Menschen in bitterer Armut, ohne gesicherte Ernährung und Zugang zu reinem Wasser. Diese Armut ist häufig mit Ursache von Krieg und Bürgerkrieg. Ihre Überwindung wird durch die ungerechte Wirtschaftsordnung verhindert, die der Welt von den reichen Industrienationen aufgezwungen wird. Nur wenige der reichen Länder leisten Entwicklungshilfe in der von der UNO beschlossenen Höhe von 0,7% ihres Bruttosozialprodukts – die Bundesrepublik bleibt unter der Hälfte. Dafür bemühen sie sich, ihre Grenzen gegen Asylsuchende, Flüchtlinge und Migranten immer brutaler abzuschotten. Es verstärkt sich die Tendenz, Ausländer muslimischen Glaubens unter den Generalverdacht des Terrorismus zu stellen. In dieser Situation fordern wir:

- Abrüstung statt Sozialabbau, damit Mittel frei werden für Bildung, Arbeit und Soziales.
- Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl.
- Bleiberecht für alle im Lande lebenden Flüchtlinge.

Für eine Friedensstadt Hamburg

Hamburg ist mit Blohm + Voss wichtigster Standort deutscher Marinerüstung. Über den Hamburger Hafen werden viele deutsche Rüstungsexporte abgewickelt – häufig gefördert durch die Hermes Kreditversicherung mit Sitz in Hamburg. Der CDU-Senat fördert das Marinemuseum von Herrn Tamm, das offen Kriegsverherrlichung betreibt, mit 30 Mio. Euro. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Schluss mit Rüstungsexporten und Rüstungsproduktion.
- Keinen Euro für das Tamm-Museum.

Der Ostermarschauftzug wird unterstützt von:

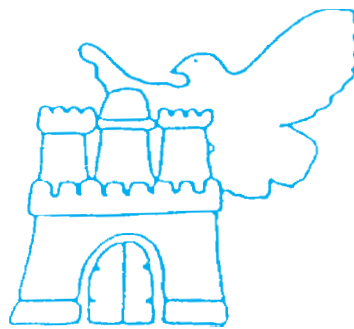
ASG-die Wahlalternative Hamburg – Assoziation marxistischer StudentInnen – ATTAC Hamburg – Hans Heinrich Beerbaum, ver.di – Monika Bender – Bredel-Gesellschaft – Brot & Rosen Diakonische Basisgemeinschaft – Bündnis gegen imperialistische Aggression – Siglinde u. Dr. Ralf Cüppers, DFG-VK – Deutscher Freidenker-Verband Nord – DFG/IdK – DFG-VK Hamburg/ Schleswig-Holstein – DKP Hamburg – DKP Kreis Wandsbek – Eva Ekelöf – Nicolai Essberger, Betriebsratvorsitzender – Fachschaftsrat Evangelische Theologie – Hanna-E. u. Ekke Fetkötter – FI Bergedorf – FI Bramfeld – FI Harburg-Land – FI Rissen – Folkgruppe Rotdorn – Freie Humanisten Hamburg – Dorothea u. Bernhard Gerstmeier – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg – Gewerkschaftlicher Arbeitskreis Frieden Hamburg – Ur-Sula Hagedorn – Bernd Hahnfeld, IALANA – Olaf Harms, Betriebsratvorsitzender – Hans-Heinrich Hinrichsen, stv. Vorsitzender NaturFreunde Hamburg – Helgrid Hinze, Privatlehrerin – Günther Kahl, Architekt, DFG/IdK – Carola Kieras – Renate u. Dr. Wolfgang Kirstein – Karin Kleinholz, FI Bramfeld – Eva Kowalski-Stasiak – Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ – Wolf Langlotz, Dipl. Soz. Päd., DFG/IdK – Lesbenverein Intervention – Wolfgang Matthiesen – NaturFreunde Hamburg – Ilona Niknafs, Dipl. Psych. – Dr. Stephanie Odenwald, GEW-Vorsitzende – Sinan Özbolat, DIFD – PDS Hamburg – Thea Rann, DKP, FI Bergedorf – REGENBOGEN – Für eine neue Linke – Uwe Scheer, Vorsitzender Freidenkerverband – Peter Schenzer, Personalratsmitglied – Uta Segler, VVN – Sozialistische Jugend „Die Falken“, Hamburg – Jörg Stange, Gesellschaft für operative Kunst – VVN-BdA Hamburg – Sönke Wandschneider, Pastor i.R. – Ilona Wilhelm, 2. GEW-Vorsitzende – Dirk Wilke, Betriebsratvorsitzender – Kourosh Yektai, attac AG Menschenrechte

+++ www.Hamburger-Forum.org +++ www.Hamburger-Forum.org +++

Fakten und Positionen zur Friedenspolitik

Keinen Krieg gegen den Iran

Die jüngsten Drohungen von US-Präsident Bush, gegenüber dem Iran seien alle Optionen auf dem Tisch, erinnern an Drohungen von 2002 gegen den Irak, denen ein Vernichtungskrieg folgte. Das schiitische System im Iran sieht sich seit seiner Machtübernahme 1979 einer Isolationspolitik und seiner existenziellen Bedrohung durch US-Regierungen ausgesetzt. Die Kriege gegen Afghanistan und Irak führten fast zur Umzingelung Irans. Die Reaktion: konventionelle Aufrüstung, Entwicklung von Raketen, Ausbildung eines nuklearen Brennstoffkreislaufs mit Optionen auf Atombomben, Repression nach innen einerseits, Verhandlungen und Ausbau des Öl- und Gasgeschäfts andererseits. Das iranische Regime nimmt die israelische Atommacht als Bedrohung wahr und droht seinerseits Israel. Verhandlungen können ein Ausweg aus dem atomaren Wettrüsten sein, jedoch nicht, solange die USA und Israel abseits der Gespräche stehen. Krieg gegen den Iran ist keine Lösung, sondern schafft zusätzliches Leid und droht, den Konflikt auszuweiten. Eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten muss das Ziel sein.



Die Bundeswehr rüstet weiter auf

Fünzig Jahre nach ihrer Gründung steht der Bundeswehr die radikalste Umstrukturierung ihrer Geschichte bevor. Von 2006 bis 2010 wird sie in 35.000 Mann „Einsatzkräfte“ (davon 18.000 für die Schnellen Eingreiftruppen der NATO und 15.000 für jene der EU) und in 70.000 Mann „Stabilisierungskräfte“ für Landbesetzungen (KFOR, ISAF etc.) sowie in 210.000 Soldaten und ziviles Personal „Unterstützungskräfte“ unterteilt. Das Ziel: weltweite Einsatz- und damit auch Angriffsfähigkeit. Umfangreiche Waffen- und Ausrüstungsprogramme wurden aufgelegt: Unter anderem 600 Marschflugkörper, fünf hochseefähige Korvetten für den Landbeschuss, weltweite Kommunikations- und Spionagesatellitensysteme, 60 Military Airbuses, 152 Transporthubschrauber NH-90, 80 Kampfhubschrauber, 410 Schützenpanzer, 180 Eurofighter, lasergelenkte 1000kg-Bomben, 3 Fregatten und U-Boote. Die Kosten für neue Waffen und Ausrüstungen in den nächsten 10 Jahren: rund 75 Milliarden Euro.

EU-Verfassung verpflichtet zur Aufrüstung

Im Vertrag einer „Verfassung für Europa“ heißt es: „Die Mitgliedsländer verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern,“ (Artikel I-41, Absatz 3). Das EU-Militär soll zu „Kampfeinsätze(n) im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen“ (Artikel III-309) eingesetzt werden können. Die Verfassung schreibt die Einrichtung einer „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur)“ (Artikel I-41, Absatz 3) vor. Die Bundesregierung die Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat noch vor der Sommerpause an. Die EU schafft sich eine schnelle Eingreiftruppe. Sie soll aus 60.000 Heeressoldaten und 20.000 Marine- und Luftwaffenangehörigen bestehen, die über 100 Schiffe bzw. 400 Kampfflugzeuge verfügen. Ihre Speerspitze werden 13 „Battlegroups“ bilden, jeweils 1.500 Mann stark, die innerhalb weniger Tage global eingesetzt werden können. Die Bundeswehr beteiligt sich an vier „Battlegroups“.



Armut bekämpfen – Abrüsten!

Die UNO hat alarmierende Zahlen veröffentlicht: Über 850 Mio. Menschen auf der Erde sind chronisch unterernährt. Mehr als 1 Mrd. Kinder leben in Armut. 5 Mio. Kinder sterben jährlich an den Folgen mangelhafter Ernährung, 11 Mio. an vermeidbaren Krankheiten. Im Jahr 2000 haben 189 Staats- und Regierungschefs in einer *Jahrtausenderklärung* vereinbart, die Zahl der Armen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen, bis 2015 zu halbieren, die Kindersterblichkeit um zwei Drittel zu senken und allen Kindern eine Schulausbildung zu sichern. Wenn die reichen Länder nicht mehr dazu beitragen als bisher, ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Schon 1970 haben sie sich in der UNO darauf verständigt, 0,7% ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Dieser Wert wurde bisher noch nie erreicht – im Gegenteil: von 1964 bis 2003 fiel er von 0,48% auf 0,24% (BRD: 0,28%). Und die ärmsten Länder stecken in der Schuldenfalle: 2003 haben sie 27 Mrd. Dollar Entwicklungshilfe erhalten, aber 39 Mrd. für den Schuldendienst gezahlt. Es ist nicht zu sehen, dass die reichen Länder diese Situation wirklich ändern wollen: Von den 2.400 Mrd. Dollar Schulden der Entwicklungsländer wollen sie gerade einmal 70 Mrd. erlassen, und sie setzen alles daran, eine Weltwirtschaftsordnung aufrecht zu erhalten, die die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer macht. Armut ist häufig mit Ursache von Krieg, Krieg Ursache von Armut. Im Jahr 2003 wurden 70 Mrd. Dollar für Entwicklungshilfe ausgegeben und 956 Mrd. für Rüstung.

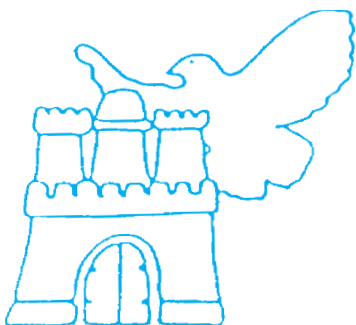


Foto: arbeiterfotografie.com

Deutsche Rüstungsexporte explodieren

Der Wert der von Deutschland ausgeführten Kriegswaffen explodierte im Jahr 2003 um mehr als das Vierfache auf einen Wert von 1,33 Mrd. Euro. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI sieht Deutschland 2003 bei Großwaffenexporten weltweit auf Platz vier (2002: Platz 5). Besonders auffällig ist der Anstieg des Exports ehemaliger Bundeswehrwaffen auf 290 Mio. Euro. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie die Summe der Jahre 1999 bis 2002. Künftig ist sogar noch mit einem Anwachsen deutscher Rüstungsexporte zu rechnen: Beim Abschluss von Neuverträgen sieht das Londoner Institut für strategische Studien Deutschland 2003 weltweit auf Platz 3 vorgerückt (2002: Platz 5). Kleinwaffen töteten weltweit 95 Prozent aller Kriegsoffer. Erschreckend ist, dass die Bundesregierung 2003 doppelt so viele Genehmigungen für die Ausfuhr von Kleinwaffen in Drittstaaten erteilt hat wie 2002. Die 8,6 Mio. Euro stellen den höchsten Wert seit 1996 dar. Vom selbst gesteckten Ziel einer restriktiven Rüstungsexportpolitik hat sich die rot-grüne Bundesregierung klammheimlich verabschiedet.

Tamm-Museum: Wallfahrtsort für Nazis?

Peter Tamm (76), bis 1991 Vorstandschef des Axel-Springer-Verlags, betreibt seit Jahren ein privates Museum an der Elbchaussee, das *Die Zeit* zu recht als „marinegeschichtlich-militaristisch“ bezeichnet hat. Ausgestellt sind neben Seekriegsgemälden, Kriegsschiffs- und U-Boot-Modellen aus der Nazi-Zeit auch Gala-Uniformen des Flottenstabs der Kriegsmarine des III. Reiches und die mit Hakenkreuzen verzierten Admiralstäbe von Hitlers Großadmiralen Raeder und Dönitz, die nach 1945 als Kriegsverbrecher verurteilt worden sind. Nirgends findet sich eine Distanzierung vom Nazi-Regime, nirgends ein Hinweis auf die Opfer. Dieses Militärmuseum soll in die HafenCity verlagert werden. Hierfür bietet der Hamburger Senat Herrn Tamm 99 Jahre Mietfreiheit im Kai-Speicher B und zusätzlich 30 Mio. Euro für die Herrichtung des Museums. Im öffentlichen Raum der HafenCity würde dieses Seekriegsmuseum zum Wallfahrtsort für Militaristen und Neonazis. Das muss verhindert werden!